



Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler

Realsatire Gesundheitspolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserer durch Medien geprägten Zeit wird Prominenz häufig mit Kompetenz verwechselt. Wie anders ist es zu erklären, wenn der TV-Entertainer, Komiker und Kollege Eckart von Hirschhausen anlässlich eines gesundheitspolitischen Forums der Sächsischen Staatsregierung als „Pandemie-Experte“ in Erscheinung tritt.

Man kann nur hoffen, dass wir mit Omikron die Exit-Welle erleben und im Laufe dieses Jahres die endemische Phase der friedlichen Koexistenz mit dem Virus erreichen. Dass wir im internationalen Vergleich bei allen Kontroversen eher glimpflich durch die Pandemie gekommen sind, liegt nicht an dem von der Politik beförderten Narrativ des „besten Gesundheitssystems der Welt“, sondern dies ist der Disziplin der großen Mehrheit und der hohen Einsatzbereitschaft sowie dem Verantwortungsbewusstsein aller an der unmittelbaren Gesundheitsversorgung beteiligten Professionen zu verdanken. Andererseits hat uns die Krisensituation der vergangenen zwei Jahre schonungslos die Defizite eines überregulierten und des vermutlich kompliziertesten Gesundheitssystems der Welt offenbart. Und das ist gut so!

Insbesondere der ab Mitte der 1990er Jahre von der Politik induzierte Ökonomismus mit der Folge sinnfreien Wettbewerbs und die Profitcenter-Philosophie im stationären Bereich haben zu gravierenden Über-, Unter- und Fehlversorgungen geführt. Nach Einführung der DRG-Fallpauschalen konnten Krankenhauskaufleute Renditeerwartungen vor-

wiegend durch Stellenabbau im Pflegebereich und bei Ärzten realisieren. Personalabbau bis über die Schmerzgrenzen bei gleichzeitig exorbitant ansteigenden Dokumentationspflichten haben Arzt- und Pfl egetätigkeit zu Computerarbeitsplätzen verkommen lassen. Die untragbaren Arbeitsbedingungen führten zur Personalfucht aus den Krankenhäusern bereits zu Zeiten eines absehbar zunehmenden Fachkräftemangels. Seit einigen Jahren versucht die Politik mit „Reparaturgesetzen“ diesen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Bereits 2020 wurden die Pflegepersonalkosten aus den DRG-Fallpauschalen ausgegliedert und nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert. Warum mit den Arztkosten nicht gleichermaßen verfahren wurde, bleibt unverständlich. Für Kaufleute nunmehr ein Anreiz, hier zu sparen. Mit dem Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz sollten zusätzliche Pflegestellen geschaffen und mit der Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen für einzelne Bereiche die Arbeitsbedingungen und auch die Patientensicherheit verbessert werden. Die gesetzlichen Maßnahmen blieben unnütz oder wirkten sogar gegenteilig in Form von Bettensperrungen und Kapazitätsabbau, da zusätzliches Pflegepersonal schlichtweg nicht mehr verfügbar ist und verlorengegangene Mitarbeiter aufgrund der Negativerfahrungen der vergangenen Jahre nicht mehr in ihren Beruf zurückkehren.

Immerhin macht eine Entschließung des Bundesrates vom 17. Dezember 2021 für eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft und zur Weiterentwicklung des DRG-Systems etwas Hoffnung. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, den aufgezeigten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, insbesondere den Fehlanreizen zur Leistungsausweitung durch das aus 1.292 Fallpauschalen bestehende DRG-System. Ziel muss eine einrichtungsorientierte und behandlungsnotwendige Kostenerstattung sein und zugleich ein Bürokratieabbau hin zu einem Abrechnungssystem, das mehr Ressourcen für die medizinische Betreuung schafft.

Demnach wird es auch nach der Pandemie für den „Gesundheitsminister der Herzen“ viel zu tun geben. Karl Lauterbach hat eine bemerkenswerte Metamorphose vom polarisierenden Politikberater mit Fliege unter der früheren Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hin zum medial omnipräsenten asketisch-sportiven Pandemieerklärer und nunmehr Krisenmanager durchlebt. Immerhin ein Kollege, dessen Leistung nicht erst am Ende dieser Legislaturperiode sowohl anhand der Krisenbewältigung als auch an der Reform eines in Teilen maroden Gesundheitssystems zu beurteilen sein wird. ■

Ihr Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler
Vizepräsident